



## Positionspapier

Die Stärken und Schwächen der „Sozialen Marktwirtschaft“ haben sich in der Corona-Krise ganz klar gezeigt.

Sozialversicherungen sind in Deutschland nach wie vor das wichtigste Instrument für die soziale Sicherung. Die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung sind und bleiben zentral, wenn es darum geht, Lohnausfälle zu kompensieren. Kranken- und Pflegeversicherung ermöglichen vielen einen weitgehenden Zugang zu sozialen Dienstleistungen.

Nach dem 2. Weltkrieg hat die „Soziale Marktwirtschaft“ dafür gesorgt, dass soziale Probleme einigermaßen „abgefedert“ wurden.

Doch die Macht der Reichen und Konzerne wurde immer größer. Der Neoliberalismus (die reinste Form des Kapitalismus) oder die kapitalistische Marktwirtschaft, wurde als nützliche Heilsbotschaft verkündet. Steuerbegünstigungen für Reiche, Sozialabbau und Privatisierungen bewirkten das Anwachsen von Ungleichheit und die Schwächung des sozialen Zusammenhalts. Lobbyisten haben es fertiggebracht die Demokratie erfolgreich zu instrumentalisieren. Die Politik trifft die wichtigsten Entscheidungen zugunsten einer Minderheit. Das hat wiederum die Abwendung vieler Menschen von der Politik („Politikverdrossenheit“) und weit verbreitete Ohnmachtsgefühle zur Folge. Soziale Sicherungssysteme, Gesundheit und Alterssicherung, wurden (bis auf wenige Ausnahmen) verstärkt abgebaut, privatisiert oder zur Kapitalanlage genutzt. Nach unserer Meinung muss Daseinsvorsorge von der Logik der Profitmaximierung getrennt und so ausgebaut werden, dass sie sich am Gemeinwohl und gesellschaftlicher Teilhabe orientieren.

Wir sprechen uns gegen die Verwandlung von Sozialer Daseinsvorsorge in Ware und ihre Überantwortung an die Finanzmärkte aus. Wir kämpfen also gegen Privatisierungen in der Renten- und Krankenversicherung und fordern die Einführung einer Solidarischen Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen, unter Wegfall der Beitragsbemessungsgrenzen. Die Arbeitgeber sollen sich wieder paritätisch (hälftig) beteiligen.

Für uns ist die Integration ökologischer Nachhaltigkeit in das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, insbesondere in Hinblick auf die Generationengerechtigkeit, überfällig. Die tragenden Säulen sind soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung.

Der soziale Ausgleich ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen Konsens, die ökologische Nachhaltigkeit für das Überleben der Zivilisation schlechthin. Daher ist eine Wirtschaftsethik vonnöten, welche u. a. die Christliche Soziallehre in das Modell einbringt. **Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt.** Für Felix Schlindwein, dem Sprecher des Arbeitskreises, ist dieser Satz Verpflichtung zu handeln.

Der Gewerkschaftssekretär Jan Spengler, der in der Geschäftsstelle Bruchsal für die Jugend zuständig ist, hat am 07.07.2021 an der Klausur teilgenommen. Er hat zugesagt, die geplanten Aktionen mit Jugendlichen zu unterstützen.

Die Stärkung aller sozialen Sicherungssysteme ist und bleibt unsere Kernforderung und muss mutig angegangen werden.

Da am 26. September 2021 der 20. Deutsche Bundestag gewählt wird, haben wir auf unserer Klausurtagung dieses Positionspapier erstellt. Die Corona-Pandemie hat grundlegende Systemfehler und langjährige Fehlentwicklungen in den deutschen Sozialversicherungssystemen aufgezeigt. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass das Armutsrisiko und die soziale Ungleichheit in Deutschland beständig zunehmen, dass Millionen Menschen im Niedriglohnsektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten oder dass sich die Zahl langzeitarbeitsloser Menschen ohne Chancen auf reguläre Beschäftigung verfestigt. Für die soziale Stabilität und den sozialen Frieden gilt es mehr denn je, den deutschen Sozialstaat umfassend zu stärken. Gleichzeitig darf die finanzpolitische Verantwortung, die sich aus den Kosten der Corona-Krise ergibt, nicht den ohnehin sozial Benachteiligten aufgebürdet werden.

Wir werden bei öffentlich wirksamen Veranstaltungen, gemeinsam mit dem Jugendausschuss der IGM-Geschäftsstelle Bruchsal unsere Positionen vertreten und sichtbar darstellen, dass sich Jung und Alt nicht gegeneinander ausspielen lassen. Geplant sind Info-Stände in den Innenstädten von Bruchsal und Bretten.

Ferner werden wir unsere IGM bitten unsere Vorschläge als Wahlprüfsteine an die etablierten Parteien mit einzubauen.

Am Beispiel Altersvorsorge lässt sich die negative Entwicklung der letzten Jahrzehnte klar erkennen.

Selbsternannte neoliberale Ökonomen fällt trotz Produktivitätskraftentwicklung nichts Besseres ein, als die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Ferner wird das Dogma: Die Sozialversicherungsbeiträge dürfen 40% nicht übersteigen in den Medien verbreitet. Die 40 als „Schwarze null“ der Sozialpolitik wird wieder aus dem Hut gezaubert. Nicht zum ersten Mal wird die demografische Bevölkerungsentwicklung dazu benutzt um Jung und Alt gegeneinander aufzuhetzen. Drohszenarien dieser Art sind unseriös, sie suggerieren (sehr einseitig) steigende Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung. Nach Wahrsager Art wird der Kollaps des bestehenden Renten Systems vorhergesagt. Die neoliberale Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) verbreitet solche Horrormeldungen schon viele Jahre. Es wird höchste Zeit, dass wir die Menschen über eine ehrliche Sozialpolitik aufklären und die Verbreitung von Mythen dieser Art verhindern.

Wir haben 2019 über die Delegiertenversammlung der IGM Geschäftsstelle Bruchsal einen Antrag „Stärkung der gesetzlichen Rente“ in den Gewerkschaftstag der IG Metall in Nürnberg eingebracht. Dieser Antrag wurde von den Delegierten einstimmig angenommen.

Der Antrag mit den Forderungen deckt sich zum großen Teil mit den Vorschlägen des IGM-Vorstandes und Vorschlägen aus anderen Geschäftsstellen. Neu ist der Vorschlag einer Arbeitgeberzahlung, die über Tarifvertrag geregelt werden muss. Der Gesetzgeber müsste dann nur die monatliche Zahlung zulassen.

Leider hat auch hier die Corona-Krise verhindert, dass überregionale Veranstaltungen und geplante Präsenztreffen abgesagt werden mussten. Umso wichtiger ist nun, dass die Renten Kampagne der IGM mit großem Engagement fortgeführt wird.